Detailansicht des Registereintrags

Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Aktuell seit 10.11.2026 09:55:28

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002105
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	10.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	01.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Georgenstr. 23 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493039712230 E-Mail-Adressen: info@gkv.de Webseiten: www.gkv.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Michael Effing**
   Funktion: Vorstand
2. **Jörg Arntzen**
   Funktion: Vorstand
3. **Hendrik Johannink**
   Funktion: Vorstand
4. **Georg Pescher**
   Funktion: Vorstand
5. **Dr. Oliver Möllenstädt**
   Funktion: Hauptgeschäftsführer
6. **Dr. Helen Fürst**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Dr. Michael Effing**
2. **Jörg Arntzen**
3. **Hendrik Johannink**
4. **Georg Pescher**
5. **Dr. Oliver Möllenstädt**
6. **Dr. Helen Fürst**

Gesamtzahl der Mitglieder:
19 Mitglieder am 23.05.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. DIN Deutsches Institut für Normung e. V.
2. FSKZ - Fördergemeinschaft für das SKZ e. V.
3. Trägergesellschaft Kunststoff-Institut Lüdenscheid e. V.
4. Bündnis Faire Energiewende
5. Wir sind Kunststoff GbR (Gesellschafter)
6. BKV GmbH (Gesellschafter)
7. Forschungsgesellschaft Kunststoffe e.V.
8. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e.V.
9. Initiative pro AGB-Recht

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):
Berufliche Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Zivilrecht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der GKV ist die Spitzenorganisation der deutschen Kunststoff verarbeitenden Industrie. Als Dachverband bündelt und vertritt er die gemeinsamen Interessen seiner Trägerverbände und agiert dabei als Sprachrohr gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Der GKV hat satzungsgemäß die Aufgabe, alle gemeinsamen Interessen der in ihm zusammengeschlossenen Wirtschaftsverbände auf nationaler und internationaler Ebene wahrzunehmen und zu fördern. Thematische Schwerpunkte der Interessenvertretung auf nationaler und internationaler Ebene bilden z.Zt. das Ressourcenschutzrecht (u.a. KrWG, VerpackG, EWKFondsG und die einschlägigen europäischen Rechtsnormen) sowie branchenrelevante Teile des Produkt- und Stoffrechts. Der Verband setzt sich u.a. für einen Ausbau der Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen und die Erhaltung des risikobasierten Ansatzes im Stoffrecht ein.

Weiterhin richtet sich die Interessenvertretung des Verbandes auf branchenrelevante Aspekte des Energiewirtschafts-, Umweltenergie- und Energiesteuerrechts (bspw. EnWG, EEG, StromStG). Auf diesem Gebiet setzt sich der Verband für international wettbewerbsfähige Energie- und Stromkosten und für eine Förderung der Energieeffizienz und des Klimaschutzes in Kunststoffverarbeitungsbetrieben ein. Weiterhin befasst sich die Interessenvertretung des Verbandes mit Aspekten des allgemeinen Wirtschaftsrechts (bspw. für auf den Erhalt des AGB-Rechts im B2B-Geschäftsverkehr) sowie mit der Förderung der Berufsausbildung und der Forschung und Entwicklung in der Kunststoff verarbeitenden Industrie.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. **Umlage des EU-Eigenmittels auf Inverkehrbringer nicht-recycelter Kunststoffverpackungen**

   Beschreibung:
   In der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode wurde vereinbart: "Die im Rahmen der EU bereits bestehende Plastikabgabe wird [...] auf die Hersteller und Inverkehrbringer umgelegt." Da von einer solchen Abgabe Fehlanreize, etwa durch Ausweichbewegungen auf ökologisch oft
   nachteiligere Materialien und wesentlich weniger gut recycelbare Verbunde zu erwarten

sind, setzt sich der GKV stattdessen für das ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehene Fondsmodell für recyclingfreundliches Verpackungsdesign und die Ausweitung des Einsatzes nicht-fossiler Rohstoffe (insbesondere Rezyklate und zertifizierte Biomasse) ein.

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405230037** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.03.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **Fluorkunststoffe im Beschränkungsverfahren nach REACH-VO**

Beschreibung:
Fluorkunststoffe sind wichtige Werkstoffe für eine Vielzahl industrieller Produkte und Anwendungen, u.a. für den Ausbau Erneuerbarer Energien-Technologien, die Halbleiterproduktion und die Medizintechnik. Der GKV setzt sich dafür ein, dass Stoffbeschränkungen ausschließlich risikobasiert erfolgen und tritt für eine Herausnahme von Fluorkunststoffen aus dem PFAS-Beschränkungsverfahren nach der europäischen REACH-VO ein.

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409230017** (PDF - 26 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2410280001** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.08.2024 an:

   Bundesregierung

   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Vorschlag für eine Verordnung über die Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat**

   Beschreibung:
   Der GKV setzt sich für die Berücksichtigung der Belange der von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägten Kunststoff verarbeitenden Industrie und bürokratiearme Regelungen bei der geplanten europäischen Verordnung zur Verringerung des Eintrags von Kunststoffgranulat in die natürliche Umwelt ein.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 625/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

   Interessenbereiche:
   EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

4. **EU-Verpackungsverordnung (PPWR)**

   Beschreibung:
   Der GKV wendet sich gegen Einzelvorschriften aus dem am 4. März 2024 vereinbarten Kompromiss zwischen Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten für eine EU-Verpackungsverordnung (PPWR). Durch die betreffenden Vorschriften würden u.a. die Mehrwegquoten für viele industrielle und gewerbliche Transport- und Verkaufsverpackungen (inklusive Gartenbau) gegenüber dem Kommissionsvorschlag drastisch ausgeweitet und für den Austausch von Produkten zwischen Unternehmen in einem Mitgliedstaat sowie für den Austausch zwischen Unternehmensstandorten in der EU ab 2030 sogar auf 100 Prozent erhöht, was weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll ist und Lieferketten gefährdet.

   Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2405230038** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2405230040** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2407230002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2603170025** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. **Viertes Bürokratieentlastungsgesetz**

Beschreibung:
Der GKV benennt erforderliche Schwerpunkte des Bürokratieabbaus aus Sicht mittelständischer Kunststoffverarbeitungsbetriebe.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405230039** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.04.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Erhaltung des AGB-Rechts im B2B-Geschäftsverkehr**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Erhaltung des AGB-Rechts im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen ein.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/8649 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit - (Justizstandort-Stärkungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406170054** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2406170055** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **EU-Plastikabgabe**

Beschreibung:
Das Kunststoff-Eigenmittel war 2021 das umweltpolitische Etikett für den erhöhten nationalen
Finanzierungsbeitrag der EU infolge des Brexit. Der MFR 2028–2034 bietet die Gelegenheit, diese
Intransparenz aufzulösen und Widersprüche zur Umweltpolitik zu vermeiden: Das Eigenmittel
sollte abgeschafft werden. Die EU-Finanzierung sollte stattdessen transparent im Wesentlichen
über das BNE-Eigenmittel und die traditionellen Eigenmittel erfolgen. Umweltpolitische Ziele
werden über die Fachgesetze gesteuert. Der GKV bitten die Bundesregierung, diese Linie in den
Verhandlungen zu vertreten.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611100004** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.10.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
290.001 bis 300.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e.V.
2. pro-K Industrieverband Halbzeuge und Konsumprodukte aus Kunststoff e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

JA_GKV_2025.pdf

Eigener Verhaltenskodex

GKV-CoC_deutsch-2023.pdf